

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Besitzer und Drucker: A. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 8.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Baakenstein & Bogler, G. L. Danne,
Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Grafmann,
Eberhard B. Thiene, Greifswald G. Altes, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
F. G. Fischer. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Während der Land-
wirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein in
der Sitzung des Reichstages vom 17. Januar
behaupet hatte, daß er im Jahre 1893 zwar
einer Verarmung des Bundes der Landwirthe
abgelehnt habe, drückt die „Deutsche Tageszeitung“
eine Mittheilung eines hannoverschen
Blattes vom 27. April 1893 ab, wonach der
damalige Landesdirektor Freiherr von Hammerstein
dem Ausschusse des Bundes für die Provinz
Hannover angehört habe. Die „Deutsche Tageszeitung“
erwartet von dem Minister Aufklärung
über diesen Widerspruch. Vielleicht liegt die
Sache einfach so, daß der Bund eine unbestimmte
Antwort als Zufüge genommen hat. Der Bund
der Landwirthe fährt unterdessen grobes Ge-
schlitz gegen den plöblich in die Liste Ungnade ge-
fallenen Minister auf. In einer von dem Vor-
stande des Bundes unterschriebenen Erklärung
heißt es:

1. Es ist sachlich ungerechtfertigt, für die
vom Bund der Landwirthe aufgestellten Leitende
und verfolgten Bestrebungen Herrn von Pöb-
gen allein persönlich verantwortlich zu machen, wie
das von dem Herr Landwirtschaftsminister von
Hammerstein öffentlich in seiner Reichstags-
rede vom 18. Januar zu thun schien. Die Be-
schlüsse des Bundes beruhen, wie überhaupt, in
insbesondere betreffs des Antrages zur Er-
reichung mittlerer Getreidepreise auf der gemein-
schaftlichen Arbeit und Berathung des Gesamt-
ausschusses und mehrerer Sonder- und Unter-
ausschüsse. Somit vertritt der erste Vorsitzende
des Bundes neben seiner persönlichen An-
scheidung zugleich die Auffassung des gesamten
Bundes, als der größten wirtschaftspolitischen
Vereinigung deutscher Landwirthe. Man hätte
billig erwarten können, daß Herr von Ham-
merstein als preussischer Landwirtschaftsminister sich
über diese Thatsache durch Kenntnismahme der
Organisation des Bundes unterrichtet habe. 2.
Dem Vorwurf des Herrn Ministers gegenüber,
daß die Veränderung der Zwangsbände des An-
trages (Ausgleichung der Getreidepreise) lediglich
einen „praktischen“ Zweck verfolgte, weisen wir
entschieden zurück. Der Bund der Landwirthe
heuchelt nicht! 3. Der Herr Minister von Ham-
merstein hielt es „als guter Patriot für seine
Pflicht“, die Agitation des Bundes, die dieser
für die Lösung des Problems der Preisbildung
betreibt, für geradezu gemeingefährlich und mit
der Pflicht eines jeden loyal denkenden Unter-
thanen unvereinbar zu erklären. Im Namen
aller Vertreter des Bundes der Landwirthe be-
streiten wir dem Minister von Hammerstein das
Recht, sich zum Richter über unsere Königstreue
aufzuwerfen. Nur Gott und unser Gewissen
kann darüber unser Richter sein. Uns gegen den
Vorwurf der Gemeingefährlichkeit eingehend zu
vertheiligen, werden unsere Politiker von uns
nicht erwarten. Tief bedauerlich bleibt aber eine
solche geschäftliche Verächtlichmachung ehrlich kämpfender
Männer aus dem Munde eines preussischen
Ministers, da durch sie die notwendige Er-
röterung der großen, die Zeit bewegendem
Fragen nicht gefördert, sondern vergiftet wird.“

Der Reichstagsabgeordnete Herr von
Kardorff denkt, so wird dem „L.“ von
einem parlamentarischen Berichtshatter
geschrieben, seinen Kollegen Herrn Dr. Barth aus
Anlaß der Aeußerungen über das Verhalten von
Kardorff in der Donnerstags-Sitzung des
Reichstages fordern zu lassen oder hat es bereits
gethan, wenn ein im Reichstage von einer der
Kaufmannen nachstehender Seite verbreitetes
Gericht zutrifft.

Die Anzahl Mitglieder des Zentrums
(191 u. Gen.) haben im Reichstage folgenden
Antrag eingebracht: Die verbündeten Regierungen
zu eruchen, bei der in Aussicht gestellten höchst
dringlichen Revision des Invaliditätsgesetzes in
insbesondere Erwägung auch darüber einzutreten:
inwieweit innerhalb der bestehenden Beiträge
resp. bei Einstellung weiterer Annahmen zu
den Reservefonds 1. eine Vereinfachung und
Erleichterung der Voraussetzungen zum Bezug
der Alters- und Invalidenrente sowie eine
zweckmäßigere Verbindung der Kranken-
und Invalidenfürsorge; 2. eine Erhöhung der In-
validenrente, namentlich unter Berücksichtigung
unbesorgter Angehöriger; 3. eine Einbeziehung
der Witwen- und Waisenfürsorge möglich und
zweckmäßig ist.

Das „Evangelische Gemeindeblatt für
Aheinland und Westfalen“ hatte, wie bekannt,
seine Mittheilung, daß der Professor Volk in
Dorpat nach Bonn berufen worden sei und diese
Berufung „aus Rücksichten der Kollegialität“ ab-
gelehnt habe, aufrecht erhalten. Dem gegenüber
ist die „Krenz-Ztg.“ durch eine telegraphische
Neuzugung des Herrn Professors Volk in den
Stand gesetzt, die Mittheilung in seinem Namen
ausdrücklich zu dementiren.

Das Appellgericht in Traut erlieh, wie
aus Bericht gemeldet wird, ein Urteil, wonach
Herr v. Hammerstein an Deutschland auszuweisen
sei. Die Ausweisungsbefehle sind demnach bald
zu erwarten.

Die dem Vernehmen nach von unserer
Staatsbahnverwaltung erfolgte Bestellung von
11 000 Stück Güterwagen wird von allen Seiten
mit Freude begrüßt werden, läßt sich doch bei
schleuniger Fertigstellung derselben erwarten, daß
das in der Geschäftswelt so sehr gefürchtete
Wort „Wagenmangel“ wenigstens während des
nächsten Herbstes nicht mehr laut werden wird.
Wie aus der nachstehenden Nachweisung der aus
den laufenden Betriebseinnahmen, sowie aus
extraordinären Mitteln bezw. Baufonds be-
schafften Güterwagen ersichtlich ist, betrug die
Gesamtzahl der beschafften Wagen 1890—91
11 281 Stück, 1891—92 10 473 Stück, 1892—93
8915 Stück, 1893—94 7582 Stück. Die Zahl
von 11 000 Stück würde somit die Beschaffung
der drei letzten Jahre übersteigen, dagegen die
des Jahres 1890—91 noch nicht ganz erreichen,
und somit wohl nur knapp der im laufenden
Staatsjahre unter den günstigen geschäftlichen Ver-
hältnissen zu erwartenden Verbesseerung
entsprechen. Allem Anschein nach trägt man
sich in den Kreisen der Staatsbahnverwal-
tung mit der Absicht, dem Wiederertritt
eines Wagenmangels nicht allein durch Ver-
mehrung des Wagenparks, sondern auch durch
Verwaltungsmaßregeln, insbesondere durch Ab-
kürzung der Ladefristen vorzubeugen. Wir be-

zweifeln zwar nicht, daß vor Einführung derartiger,
die Geschäftswelt und besonders die
Landwirtschaft auf das empfindlichste berühren-
den Anordnungen das Gutachten der Bezirks-
eisenbahnräthe eingehend berücksichtigt werden
wird, wir müssen aber schon im Voraus darauf hin-
weisen, daß einer Abkürzung der Ladefristen
ebenfalls erst Maßregeln zur leichteren und
rascheren Entladung der Güterwagen voraus-
gesetzt müssen. Mit der Erhöhung der Trag-
fähigkeit der Güterwagen von 10 auf 15
Tonnen ist nämlich die Höhe der Wagenlasten
verhältnismäßig gewachsen und in Folge dessen
auch die Entladung der Wagen erheblich er-
schwert und verlangsamt worden. Als Ersatz
dafür wird daher mindestens verlangt werden
müssen, daß in gleicher Weise, wie bei vielen
ausländischen, insbesondere den österreichischen
Bahnen, an jeder Langseite der Wagen nicht
eine, sondern zwei und zwar möglichst große
Thüren angebracht werden, um durch Öffnung
derselben die Entladung der Wagen, besonders
bei Anwendung von Kutschen, zu beschleunigen
und dadurch die Entladefristen zu verringern.

Wenn von sozialdemokratischer Seite im
Reichstage die baldige Vorlegung einer Novelle
zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz
gefordert wird, in welcher die Altersgrenze für
den Bezug von Altersrenten auf das vollendete
60. Lebensjahr herabgesetzt und der Anspruch auf
Invalidenrente schon dann bewilligt wird, wenn
nicht mehr die Hälfte des Jahresarbeitsverdien-
stes erworben werden kann, so wird sich Niemand,
der die Stellung der Sozialdemokratie zu den
Arbeiterversicherungsgeetzen kennt, darüber
wundern. Keinem dieser Geetze hat die Sozial-
demokratie zugestimmt, aus jedem aber möchte
sie eine Stärkung ihrer Agitationskraft ziehen.
Die Sozialdemokratie vergißt nur, daß denkende
Menschen sich auch die Frage verlegen, woher
den Mittel zur Befreiung der neuen Aus-
gaben genommen werden sollen. Auch in der
Stimmung des Reichstages, welche sich mit der
Vorberathung des Entwurfs zum Invaliditäts-
und Altersversicherungsgesetz befaßte, wurde die
Frage nach der Herabsetzung der Altersgrenze
für den Bezug der Altersrente auf das
65. Lebensjahr ventilirt und zuerst sogar in be-
stimmtem Sinne entschieden. Man kam jedoch
im Reichstage später auf den Vorstoß der ver-
bündeten Regierungen mit dem 70. Lebensjahr
zurück, um die Mittel zur Befreiung anderer
Wünsche, so der nunmehr schon seit einiger Zeit
faktisch erfolgten Rückzahlung der Beiträge an
wöchentliche Versicherer bei Eingehung einer Ehe,
zu gewinnen. Dazu kommt, daß man wohl nit-
gend bei Erlaß des Gesetzes angenommen hat,
daß die Zahl der Altersrenten so ansehnlich
werden würde, wie sie thatsächlich geworden ist. Man
traute eben den Betheuerungen, daß nur wenige
Arbeiter 70 Jahre alt würden, zu sehr. Jetzt
hat man weit über 1/2 Millionen Altersrentner.
Die Zahl der Invalidenrenten aber steigt, seit-
dem die Wartezeit abgelaufen ist, auch ganz
bedeutend. Man hat deshalb alle Veranlassung,
zünftig die Entwicklung wenigstens einiger
Jahre abzuwarten und deshalb auch die
Wünsche der Sozialdemokratie auf sich beruhen
zu lassen.

Sürzlich ist im Reichstage auch die Frage
der deutschen Handelsbilanz erörtert worden. Es
verdient hierbei hervorgehoben zu werden, welche
großen Einfluß auf die Gestaltung unserer Han-
delsbilanz unser Zuderexport hat. Man denke
sich die Einnahmen aus diesem Export mit 200
Millionen Mark fortfallend. Welche bedeutende
Folge würde hieraus für die Gestaltung unseres
überseehischen Verkehrs erwachsen? In freistän-
digen Wäutern wird auch jetzt wieder auf die
„Liebesgabe“ der Zuderprämien Bezug genommen.
Nur durch die Zuderprämien war es eben mög-
lich, daß die Rube als Rohmaterial für die Er-
zeugung von Zuder das überseehische Zuder-
verdrängt, welches um 5 bis 7% mehr zuder-
haltig ist und Zuder in viel reinerer Qualität
liefert. Durch die Verdrängung des Rohzuders
wiederum wurden die Zuderpreise auf den jetzigen
niedrigen Stand herabgedrückt. Ohne das
System der Ausfuhrzuschüsse hätte sich unsere
Zuderindustrie nie auf den jetzigen Stand haben
können. Gerade jenem Prämienystem ver-
danken die deutschen Konjunkturden den auffallen-
den niedrigen Zuderpreis. Es ist deshalb ein innerer
Widerspruch, auf der einen Seite fortgesetzt das
Prämienystem zu bekämpfen und auf der an-
deren Seite triumphirend auf den vermehrten
Zuderexport in Folge der niedrigen Zuderpreise
hinzuwiesen. Der Preisrückgang hat insofern
keine natürliche Grenze, wo die Möglichkeit des
heimtischen Rübenbaues aufhört, wegen zu niedriger
Rübenpreise die Kultur der Zuderribe fort-
zusetzen. Hätten wir nicht so bedauerlich niedrige
Getreidepreise, so würde bei den jetzt offerirten
Rübenpreisen der Rübenbau in größerem Um-
fange eingestellt werden. Daß trotz der gedrückten
Preise noch im gegenwärtigen Umfange Zuder-
ribe gebaut werden, begründet sich lediglich in
den unrentablen Getreidepreisen und in der Noth-
wendigkeit der landwirtschaftlichen Technik, all-
jährlich ein bestimmtes Areal mit Nachfrüchten
zu betheilen. Aber bei dauernd gedrückten Rüben-
preisen dürften zahlreiche Landwirthe vorziehen,
wieder zum umfangreichen Anbau der in der
eigenen Wirtschaft verwendbaren Kartoffel zu
übergehen. Eine unglückliche Nebenwirkung auf
die Braumweinindustrie wäre die notwendige
Folge. Jeder Rückgang der Zuderindustrie
würde hiernach gleichbedeutend mit einer zu-
nehmenden Verarmung der deutschen Bodenpro-
duktion sein.

In einem in der Zeitschrift für Eisen-
bahnen und Dampfschiffahrt der österreichisch-
ungarischen Monarchie veröffentlichten Artikel
„über das Prinzip der Staatsbahnverwaltung“
weist Professor Gustav Cohn in Göttingen, einer
der eifrigsten Vertheidiger des Staatsbahnprinzips,
auf die Thatsache hin, daß gegenüber einem
Ueberschuß unserer Staatsbahnverwaltung im
letzten Staatsjahre von 5,63 Prozent des An-
lagekapitals die Verzinsung nur 3,74 Prozent in
Anspruch nimmt, somit ein reiner Ueberschuß von
nahezu 2 Prozent, d. i. 130 Millionen Mark,
zur Verfügung bleibt, und erörtert dabei die
Frage, ob es zu rechtfertigen sei, daß ein solcher
Ueberschuß dem Bedarf der allgemeinen Staats-
verwaltung zur Verfügung gestellt werde. Er
spricht sich dahin aus, daß es der Verwaltung
des größten Verkehrsmittels in Staatsbahnen
nicht für alle Zukunft zum Schaden gereichen

dürfte, was ihr unvorhergesehenes finanzielles Ver-
dient, dem Staat war. Dem Glückszufall für die
preussischen Finanzen, der Ueberschüsse entziehen
ließ, wo man sie nicht erwartete, kann nicht die
Bewegungsfreiheit der Staatsbahnverwaltung
für alle Zeit preisgegeben werden. Es hat auf
die Dauer keinen Sinn, daß die seit lange vom
preussischen Eisenbahnministerium geplante Re-
form der Personentaxe bloß deshalb auf un-
bestimmte Zeit verschoben wird, weil etwa der
zehnte Theil der Ueberschüsse dadurch in Gefahr
gebracht wird. Die vorstehenden, auszugswiese
wiedergegebenen Aeußerungen des Professors
Cohn sind um so beachtenswerther, als er der
preussischen Staatsbahnverwaltung nahe steht
und daher deren Ueberstimmung mit den vor-
stehenden Anschauungen vorausgesetzt werden
darf. Alle Bestrebungen, die auf eine größere
Bewegungsfreiheit unserer Staatsbahnverwal-
tung gerichtet sind, werden sicherlich allge-
meine und nachhaltige Unterstützung im ganzen
Land finden.

Bereits mitgetheilt, ist dem Ab-
geordnetenhaus eine Denkschrift über die vom
1. April 1893 bis zum 31. März 1895 erfolgten
Bauausführungen an Wasserstraßen zugegangen.
Diese giebt folgendes Bild von den Nach-
regulirungen der preussischen Ströme:

Im Rhein sind namentlich Felsprengungen
und Mäunungsarbeiten vorgenommen. Daneben
gingen Arbeiten zur Verbreiterung der Fahrinne,
Regulirungsarbeiten u. s. w. Die bei der Mosel
in Aussicht genommene Fahrwasservertiefung
war schon vor der Berichtzeit erreicht. Es kamen
deshalb in den beiden Berichtsjahren nur Ver-
besserungen des Fahrwassers von geringem Um-
fange zur Ausführung. Bei der Ems sollte die
auch von Seeschiffen befahrene Strecke von
Papenburg bis Emden so ausgebaut werden,
daß bei gewöhnlicher Fluth eine Fahrtriefe von
4,1 Meter zwischen Papenburg und Leerort, von
5—5,5 Meter zwischen Leerort und Emden und
von 7 Meter von Emden abwärts erreicht
würde. Erreicht ist das Ziel noch nicht. In
der Weser sind die Lesender Klippen und die
Goggar Brücke regulirt, außerdem noch Ba-
geregulirungen vorgenommen worden. Das bei
der Oberrhein in Aussicht genommene Ziel der
Erreichung einer Fahrtriefe von 0,93 Meter
auch beim niedrigsten Wasserstande kann als im
Allgemeinen erreicht angesehen werden. Es
haben sich jedoch mehrfach Nachregulirungen als
nothwendig herausgestellt. Die mit den Re-
gulirungsarbeiten der Saale und Unstrut bisher
erzielten Erfolge entsprachen den Erwartungen.
Aber auch bei der Saale sind, wie bei der Elbe
und Weser, in den letzten Jahren erheblich
niedrigere Wasserstände eingetreten, als bis dahin
bekannt waren. Bei so ungewöhnlich niedrigen
Wasserständen konnten die angestrebten Fahr-
tiefen theilweise nicht vorhanden sein. Die für
den Ausbau der mächtigen Wasserstraßen in
Aussicht genommenen Bauausführungen waren
mit Ausnahme der Kanalisierung der Unterpre
mit der Regulirung der Havel bis zum Beginn
des Rechnungsjahres 1893—1894 sämtlich zum
Abschluß gelangt. Die Regulirung der oberen
Havel zwischen Fürstentum und Zehdenick hat
auch in den beiden Berichtsjahren noch nicht er-
folgen können, da ein Einverständnis mit
Meklenburg-Strelitz noch nicht erzielt werden
konnte. Die Bauausführungen zur Kanalisierung
der Unterpre sind beendet worden. Auch wurde
die Ergänzung der Havelregulirung von Plau
bis zur Elbe fertiggestellt. In der Oder ist im
Allgemeinen das Ziel einer Fahrtriefe 1,0 Meter
bei gemitteltem niedrigsten Wasserstande erreicht,
jedoch waren noch eine größere Zahl von
Strecken vorhanden, auf denen die Regulirungs-
arbeiten empfindliche Rückschläge zeigten. Die Nach-
regulirungen erstreckten sich über sämtliche Bau-
bezirke, erreichten aber ihren größten Umfang im
Baubezirk Krossen. Einen erheblichen Arbeits-
aufwand verursachte bei der Oder dauernd die
Verleitung der durch Baumstämmen und große
Steine gebildeten Schiffahrtshindernisse. Die
im Angriff genommenen Arbeiten zur Schaffung
eines Großschiffahrtsweges auf der Oder bis
Kösel aufwärts sowie die Regulirung der Oder
bei Schwedt haben eine wesentliche Förderung
erfahren. An der Warthe werden noch beträch-
liche Nachregulirungsarbeiten vorgenommen wer-
den müssen. Bei der Weichsel sind die Re-
gulirungsarbeiten im Regierungsbezirk Danzig
im Wesentlichen durchgeführt, dagegen erfordern
dieselben im Regierungsbezirk Marienwerder
größere als die bisher zur Verfügung stehenden
Mittel. Ueber die Wirkungen des Durchschlages
der Danziger Vinnenehrung auf die Wasser-
und Eisabfuhr liegen zur Zeit noch keine
ausreichenden Erfahrungen vor. Am Memel-
strom selbst sind in den beiden Berichtsjahren
keine Regulirungsarbeiten ausgeführt,
dagegen am Ruzstrom, am Atmathstrom und an
der Gilge.“

Oesterreich-Ungarn.

Best, 24. Januar. Bei der fortgesetzten
Verhandlung des Etats für das Ministerium des
Innern bemerkt der Minister des Innern Perzel,
es sei von einer Seite des Hauses über das
„Vertrauen der Krone“ gesprochen worden. Die
Regierung sei selbstverständlich betheilt, das Ver-
trauen der Krone sich zu erhalten; sie lege Ge-
wicht darauf, dasselbe zu besitzen, und daß sie
auf diesem Wege sei, beweise, daß sie es thät-
sächlich besitze. Die Regierung sei jedoch auch
betheilt, als parlamentarische Regierung sich das
Vertrauen der Majorität des Hauses und hier-
mit auch des Landes, als Grundlage ihrer
konstitutionellen Thätigkeit zu bewahren. (Beifall
rechts.) Der erste Titel des Etats wird
johann genehmigt.

Best, 24. Januar. Der Ackerbauminister
Daranyi hat heute durch einen Erlaß den Trans-
port von Schweinen nach Steimbuch verboten;
dieses Verbot tritt mit dem morgigen Tage in
Kraft.

Luxemburg.

Luxemburg, 24. Januar. Die Deputirten-
kammer nahm mit allen Stimmen, während vier
Deputirte sich der Abstimmung enthielten, die
Budgetvorlage für 1896 an, wonach die Ein-
nahmen mit 9 341 600 Franks, die Ausgaben
mit 8 924 094 Franks veranschlagt werden, und
ernannte Johann gemäß dem Verlangen der
Opposition und unter Zustimmung der Regierung
einen Enquete-Ausschuß, dessen Mitglieder

in der Majorität aus Anhängern der Regierung
bestehen.

Italien.

Rom, 24. Januar. Der Direktor des
physikalischen Kabinetes der Universität zu Rom
erklärt in einem Schreiben an die „Dinione“,
seiner Ansicht zufolge sei die Erregung des
Königsens ein erster Schritt zur Entdeckung neuer
Geetze für jene Naturkräfte, welche sich durch
Vibrationen des Aethers äußern.

Rumänien.

Bukarest, 24. Januar. In der Deputirten-
kammer beantwortete der Ministerpräsident
Sturza eine Interpellation betreffend Gerichte,
die über eine Krisis im Schooße des Kabinetes
umlaufen, dahin, daß zwischen ihm und dem
Minister des Innern Jilca keine Uebereinstim-
mung bestesse. Der Ministerpräsident stellte
hierauf die Vertrauensfrage. Die Kammer
votirte demselben das Vertrauen einmüthig durch
Erheben von den Sitzen; bei der Gegenprobe er-
hob sich nur ein Abgeordneter. Die Demission
des Ministers Jilca wird als sicher angesehen.

Afrika.

Nach einer Meldung des „Netherlands
Bureaus“ aus Pretoria vom Donnerstag sagte
der Generalkommandant Joubert in seiner Rede,
in der er den Burgers des Oranje-Freistaates
den Dank für ihre Unterstützung während der
letzten Krise aussprach: „Der Einfall in Trans-
vaal war nicht das Werk des ehrenhaften
Theiles der edlen englischen Nation. Die Sache
Transvaals war die Sache des südafrikanischen
Volkes, das sein Ziel erreichen wird durch eine
Verbindung zu einer Nation, wenn auch unter
verschiedenen Regierungen.“

In Johannesburg ist die Ruhe immer noch
nicht vollständig wieder hergestellt; die Erregung
dauert fort.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. Januar. Zum Lehrer-
beobachtungs-Gesellschaftentwurf wird der
„Post. Ztg.“ aus den Kreisen der Volksschul-
lehrer geschrieben: „Der Entwurf bleibt weit
zurück hinter den Wunsch, welche der Vorstand
des Landesvereins preussischer Volksschullehrer
bei dem Gohlerischen und Zedlitzschen Entwurfe
zum Ausdruck gebracht hat, und trotzdem unter
den gegenwärtigen Verhältnissen und bei dem ge-
ringen Entgegenkommen des Finanzministers
kaum auf eine Erhöhung der angelegten Summe
zu rechnen ist, so hält es der erwähnte Vorstand
auch diesmal für seine Pflicht, die Wünsche der
Lehrerschaft zu Gehör zu bringen. Zu dem
Zwecke wird der geschäftsführende Ausschuß des
Landesvereins preussischer Volksschullehrer den
Entwurf und dessen Begründung drucken und
durch Vorstände der Provinzial-Lehrerverbände
an die Kreisverbände zur schleunigen Besprechung
übergeben. Zur Beschlußfassung und Formu-
lierung der an die gegebenden Körperlichkeiten
zu stellenden Anträge ist dann eine Vorstand-
sitzung des gesamten Vorstandes des Landes-
Lehrervereins auf den 22. und 23. Februar in
Berlin in Aussicht genommen.“

Gegen deutsche Eisenbahn-Ver-
waltungen sind beim Reichs-Eisenbahn-Amt
im Jahre 1895 im Ganzen 100 Beschwerden
den aus dem Publikum eingelaufen. Davon
beziehen sich 39 auf die Verkehrsordnung, 27
auf die Tarife, 15 auf den Fahrbetrieb und 19
auf andere Gegenstände. Das Reichs-Eisenbahn-
amt hat von diesen Beschwerden für begründet
erachtet 11, als unbegründet abgelehnt 35, auf
den Rechtsgrund verwiesen 1. In 15 Fällen war
die Zuständigkeit des Reichs nicht begründet, in
4 Fällen sind die angeordneten Erhebungen noch
nicht abgeschlossen. Die übrigen 34 Beschwerden
wurden an die zunächst zuständigen Eisenbahn-
verwaltungen zur Erledigung abgegeben. Betroffen
von Beschwerden sind überhaupt 32 Eisenbahn-
verwaltungen.

Am Geburtstage Sr. Majestät ist die
Kasse der Reichsbankhauptstelle von
12 Uhr ab geschlossen.

Der Vertreter des Wahl-
kreises Pritz-Saackitz im Abgeordneten-
haus, Herr von Raabe, hat, nach Mittheilung
der „Berl. N. N.“, sein Mandat nieder-
gelegt.

Am nächsten Mittwoch, den 29. d. M.,
Abends 7 Uhr, wird in dem kleinen Saal
des neuen evangelischen Vereins-
hauses der zweite der diesjährigen Vorträge
zum Besten der hiesigen Stadtmision und zwar
von Herrn Konfirmanden D. Dalton aus
Berlin (früher in Petersburg) gehalten werden.
Konfirmanden Dalton ist bekannt durch seine
verschiedenen Vorträge, über welche er in inter-
essanten Monographien berichtet hat. Zuletzt hat
er Japan besucht. Seine Veröffentlichungen über
die dort gemachten Beobachtungen sind in letzter
Zeit vielfach Gegenstand der Erörterung in der
Presse gewesen. Deshalb dürfte sein Vortrag:
„Aus dem staatlichen und religiösen Leben
Japans nach eigener Anschauung“ weitere Kreise
besonders interessieren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns
(Manufakturwaarengeschäft) Louis Lewin, hier-
selbst, Weilerstraße 14, ist das Konkurs-
verfahren eröffnet. Verwalter der Masse
ist Kaufmann S. Fritze. Ambederstr. 15. März.

Eines der ältesten Mitglieder des
Vellene-Theaters, Herr Willy Werth-
mann, welcher sich nicht nur als Darsteller,
sondern auch als Regisseur um die genannte
Bühne verdient gemacht hat, ladet für Freitag,
den 31. d. Mts., zu seinem Benefiz ein und
zwar hat derselbe zu seinem Ehrenabend das
Schauspiel „Vane, die zweite Frau“ gewählt.
Das Stück ist nach dem gleichnamigen Roman
der Maritain von H. Bufe bearbeitet und äußerst
spannend geschrieben.

Eine interessante ipiritistische
Soirée findet am Donnerstag, den 30. d. Mts.,
im Saale des Konzerthauses statt, dieselbe wird
von den bekannten Amerikanern Fly und
E. Lade gegeben, welche als Spiritisten und
Gedankenleser wohl unerreicht dastehen. Zulezt
haben dieselben in Dresden und München mi
größtem Erfolg gastirt und gegenwärtig erregen
sie mit ihren Sireen in Krolls Theater in
Berlin allseitiges Interesse.

Die Winkbake auf der Ost-
moole zu Winemünde ist niederge-

brannt. Zur Bezeichnung der Einfahrtslinie in
den Hafen ist an Stelle der Winkbake ein Mast
errichtet, welcher eine Stugel trägt. Von Sonnen-
untergang bis Sonnenanfang wird an dem
Mast ein rundum leuchtendes rothes Licht
gezeigt. Das grüne Licht, welches die Bake nach
dem Hafen zu zeigte, wird bis auf Weiteres nicht
angezündet.

Der Stettiner Grundbesitzer-
Verein hielt gestern Abend im kleinen Konzerthaus
eine diesjährige ordentliche General-
Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende,
Herr A. Collas, dieselbe mit einigen Worten
herzlicher Begrüßung eröffnet, nahm Herr Dr.
Grafmann das Wort zur Erstattung des
Jahresberichts für die Zeit vom 1. Oktober 1894
bis 30. September 1895. Redner gedachte der
mannigfaltigen Thätigkeit des Vereins, hob her-
vor, daß die Mitgliederzahl in ständigem Wachsen
begriffen sei und sagte sich schließlich dahin zu-
ammen, daß der Rückblick auf das vergangene
Vereinsjahr ein höchst erfreuliches Bild zeige.
Der sodann vorgelegte Kassenbericht ergab in
Einnahme 4092 Mark, denen in Ausgabe
3352 Mark gegenüberstehen, sodas ein Be-
stand von 740 Mark zu übernehmen war.
Dem Kassenführer sowie dem Gesamtvorstande
wurde die nachgefordigte Entlastung erteilt und
dem Vorstande, insbesondere dem Vergütungs-
komitee der Dank des Vereins ausgedrückt.
Herr Julius Kurz hat angezeigt, daß er aus
dem Verein scheide, da er sein Haus verkauft
habe; in Anerkennung seiner bisherigen erfolg-
reichen Thätigkeit wird derselbe durch ein-
stimmigen Beschluß der Versammlung zum
Ehrenmitglied des Vereins ernannt. An Stelle
des Herrn Kurz wurde Herr Matermeister
G. Lüdke in den Vorstand berufen, die übrigen
Vorstandsmitglieder dagegen durch Zufur wieder-
gewählt. Der Etat für 1895—96, welcher in
Einnahme und Ausgabe mit 2700 Mark ab-
schließt, fand in der vorgelegten Form die
Genehmigung der Versammlung. Herr Collas
theilte noch mit, daß auf eine Eingabe des Vor-
standes um Ermäßigung des Preises für Koch-
und Heizgas auf 10 Pf. pro Kubikmeter jetzt
eine Antwort des Magistrats eingegangen sei,
wonach in dem Stadthaushaltsetat für 1896—97
dieser Wunsch Berücksichtigung finden werde.
Nach dieser freudig aufgenommenen Mittheilung
schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Für die militärische Feier des Geburts-
tages Sr. Majestät des Kaisers ist
folgendes Programm aufgestellt: Am 26. Januar,
Abends 8 1/2 Uhr, großer Zapfenstreich, ausge-
führt von den vereinigten Musikkapellen der Gar-
nison und den Sireellen des Grenadier-Regi-
ments. Die Musik marschirt von der Haupt-
wache über die Promenadenwege des Parade-
und Königsplatzes bis zum Generalkommando,
wo Halt gemacht wird. Nach dem Vortrag
einer Konzertstücke setzt sich der Zug unter
Zurücklassung der Artillerie-Kapelle wieder in
Bewegung und marschirt über den Königsplatz,
entweder die große Domstraße, über den Kochmarkt,
durch die Mönchen-, Faben-, Magazin-
und Karstraße, über den Viktoriaplatz, am Mathy-
sund Divisionskommando vorbei, durch die
Lindenstraße zur Hauptwache zurück. Das
Truppmagazin der Artillerie bläst am Generalkommando
Märsche. Am 27. Januar
erfolgt früh um 6 1/2 Uhr großes Beden.
Die Kapelle des Königsregiments marschirt von
der Grenadier-Kaserne an der Bellevuestraße durch
die Elisabeth- und Bismarckstraße und über den
Paradeplatz zur Hauptwache, die Kapelle des
Pionierbataillons durchzieht von der Kaserne in
Storchpfeifen die Friedrichstraße, macht am
Kirchplatz Halt und marschirt durch die Berg-
straße nach Fort Preußen zurück. Um 10 1/2
Uhr findet in der Johanniskirche, sowie in
der katholischen Kirche Militärgottes-
dienste statt, die Heiliggeistkirche wird
während des Gottesdienstes vorrängs der Kirche
für den Fahrverkehr wie an den Sonntagen
gsperrt. Um 12 Uhr findet große Parade-
ausgabe statt und zwar je nach der Witterung
auf dem Königsplatz vor dem Standbilde
Friedrichs des Großen oder in dem Griezler-
schuppen an der neuen Friedrichstraße. Eine auf
dem Griezlerplatz an der Körnerstraße auf-
gestellte Batterie giebt 101 Salutschüsse ab.

Heute Vormittag um 7 1/2 Uhr wurde die
Feuerwehr nach dem Intendantengebäude, Parade-
platz 12, gerufen, woselbst in einem Bureau-
raum des Obergeschosses ein kleiner Brand
ausgebrochen war. Jedenfalls sind beim An-
gehen eines Deits Fuden in ein nachstehendes
Regal geflogen, wo Alken und Zeichnungen dem
Feuer reichliche Nahrung boten. Das Feuer
wurde rechtzeitig bemerkt und schnell gelöscht,
sodas kein allzu erheblicher Schaden entstanden
sein dürfte.

An der Ecke der Heinrich- und Grenz-
straße stürzte heute ein junger Mensch von
Krämpfen befallen zu Boden und erlitt dabei
erhebliche innere Verletzungen, wes-
halb er mittelst Feuerwehr-Strafenwagens in
das Krankenhaus überführt wurde.

Die Verhandlungen des Postfiskus mit
der Stadt Stettin wegen Anlaßes des Häuser-
broses zwischen der Grinen Schanze, der Deilgen-
gestraße und der verlängerten Schützengarten-
straße, zur Errichtung eines neuen Postgebäudes,
find abgebrochen worden, weil der für das
Terrain geforderte Preis dem Fiskus zu hoch
erhielt. Der Magistrat beabsichtigt nun, wie
wir hören, das Bauviertel in 12 Parzellen ein-
zuthelen und letztere in öffentlicher Versteigerung
auszubieten.

Personal-Veränderungen im Bezirk der
königlichen Provinzial-Steuer-Direktion zu Stettin.
Ernannt ist: der Ober-Steuer-Kontrollleur Holle
in Stargard zum Steuer-Inspektor. — Befördert
oder versetzt: der Hauptamts-Kontrollleur Güd zu
Lüneburg als Ober-Steuer-Kontrollleur nach
Stettin, der Steuer-Aufscher Böje in Stettin zum
Hauptamts-Assistenten dafelbst, der Steuer-
Aufseher Mann zu Stettin zum Assistenten bei
den Erbschaftssteuer-Antern. — Pensionirt ist:
der Provinzial-Steuer-Sekretär Kowalewski und
der Steuer-Inspektor Wicht zu Stettin.

Personal-Veränderungen im Bezirk der
königlichen General-Kommission für die Provinzen
Brandenburg und Pommern. Der Spezial-
kommissions-Bureauadjutant Runge ist von Greif-
swald nach Stettin versetzt. — Der Spezial-
kommissions-Bureauadjutant Weikmeister ist von
Röslin nach Stettin verlegt.

